

Macht Minderheitenstatus differenzaffin?

Das Beispiel einer schwul-lesbischen Organisation in Deutschland

Sanja Bökle und Karen Schönwälder

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Organisationen unter Spannung: Migration, Diversität und organisationaler Wandel«

Einleitung

„Macht Minderheitenstatus differenzaffin?“, fragt der Titel dieses Beitrages oder: Sind Organisationen, die sich einer Minderheit zugehörig fühlen bzw. diese repräsentieren, deshalb sensibel für andere, mit Ausgrenzungen und Benachteiligungen verknüpfte Differenzmarkierungen? Politische Interventionen um Vielfalt gehen häufig von einer Allianz der Vielfalt repräsentierenden Gruppen aus, unterstellen also eine gegenseitige Offenheit.

Aus der Forschung kommen skeptische Stimmen, Exklusionsmechanismen stehen gelegentlich im Vordergrund. Elizabeth Evans und Eléonore Lepinard verweisen darauf, dass „social movements often struggle to adopt inclusive intersectional politics and recognise difference and privilege“ (2020, S. 2); sie argumentieren zudem, dass verschiedene Bewegungen unterschiedlich reagieren.

Wir analysieren heute den Umgang einer schwul-lesbischen Organisation in Deutschland mit dem Thema Migration. Die Antwort auf unsere Titelfrage ist ein eingeschränktes „Ja“, das im Folgenden genauer erläutert wird.

Wir zeigen im Folgenden vier unterschiedliche Positionsbestimmungen der zivilgesellschaftlichen Organisation (zgO), die jeweils die eigene Haltung gegenüber Migrant*innen determinieren und zwar auf unterschiedliche Art. Ähnlich wie Stefan Hirschauer (2014) fassen wir also Unterscheidungen als wandelbar und unterschiedlich relevant auf. Wir argumentieren, dass neben dem organisationalen Feld und funktionalen Bedürfnissen der Organisation die Organisationsidentität, also das Selbstverständnis der zgO, ihre Haltung zu Migration determiniert. Wir denken, dass diese Elemente in einer oft auf Wirtschaftsunternehmen und Staat orientierten Organisationsforschung weniger Beachtung finden, für zgO aber eine zentrale Bedeutung haben, die sich auch in der Theoriebildung widerspiegeln sollte.

Um was für eine Organisation geht es?

Die von uns untersuchte Organisation entstand 1990 als Zusammenschluss von Schwulen aus der sich auflösenden DDR und westdeutscher Schwuler. Sie wollte bestehende Diskriminierungen bekämpfen, und zwar durch eine pragmatische Reformpolitik mit dem Ziel der rechtlichen Gleichstellung. Der Schwulenverband in Deutschland, SVD (ab 1999 durch den Beitritt von Lesben nun LSVD) grenzte sich hier ab von bestehenden, antikapitalistisch orientierten Gruppen. Heute ist diese Organisation die sichtbarste bundesweite politische Vertretung lesbisch-schwuler Interessen und etablierter Gesprächspartner von Parteien und Ministerien. Sie hat einige tausend Mitglieder und Landesverbände in den meisten Bundesländern.

Zur ersten der Positionsbestimmungen:

Positionsbestimmung 1: Schrittmacher für Vielfalt

Schwule (später auch lesbische) Emanzipation, heißt es stolz im Programm des SVD, gelte als „Schrittmacher und Symbol für den gewachsenen Pluralismus der Lebensformen“ (SVD 1996, S. 2). Das eigene Anliegen wird – typisch für politische Organisationen – mit einem breiteren gesellschaftlichen Anliegen verknüpft, wenn es weiter heißt, schwule Emanzipation sei „Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses um Selbstbestimmung und um die freie Wahl der Lebensform“.

An die migrationsbezogene Debatte erinnert die hier auf sexuelle Minderheiten bezogene Formulierung im Programm, Integration bedeute Gleichberechtigung „unter Anerkennung der kulturellen Differenz“ (SVD 1996, S. 2). Direkt auf Migration bezogen hatte 1992 Volker Beck als Sprecher der Organisation erklärt: „Wir setzen auf Solidarität und Akzeptanz von kultureller Vielfalt und sozialer Differenz. Voraussetzung einer so verstandenen multikulturellen Gesellschaft ist die volle Gleichberechtigung gesellschaftlicher Minderheiten.“ (Beck 1992) Das emphatische Bekenntnis zu einer Vielfalt von Lebensformen war eine Grundlage für die Anerkennung ethnischer Differenz und die Forderung nach Gleichberechtigung auch anderer Minderheiten. In neueren Programmen wurde das Bekenntnis zur Vielfalt noch einmal stark ausgebaut.

Bezogen auf die USA hat Elizabeth Ann Armstrong argumentiert, dass der Erfolg lesbisch-schwuler Bewegungen in der Ausbalancierung von Gruppenidentität und individuellen Differenzen lag, sie Vielfalt also nicht als bedrohlich für die Einheit der Organisation ansahen, sondern sich gerade dadurch auszeichneten, eine Logik der „unity through diversity“ auszubilden (2002, S. 3). Durch das vorrangige Ziel der Erweiterung schwul-lesbischer Lebensstile konnte die Bewegung auch Interessens- und Identitätspolitik vereinen:

„This way of understanding the goal of gay politics highlighted the most individualistic aspect of identity politics. Other movements understood identity politics as endorsing the creation of communities of similarity. In contrast, the gay movement focused on freedom of individual expression, making it hypocritical to exclude any form of gay political expression. Gay interest group politics – pursuing gay rights – was defined as one possible way to express gay identity. Activists were thus able to reframe potential liability as an advantage, redefining the community's diversity as strength. 'Difference' was defined, paradoxically, as a point of similarity. Gays and lesbians were all individuals in search of freedom of expression.“ (Armstrong 2002, S. 3)

Gleichzeitig wurde innerhalb dieser Bewegungen häufig Kritik an einer Diskrepanz zwischen Diversitätsrhetorik und tatsächlicher Repräsentation geäußert, also Druck ausgeübt, Vielfalt tatsächlich zu repräsentieren (Armstrong 2002, S. 194; Leidinger 2010). Die Professionalisierung von LGBTIQ Gruppen hätte spezifische Routinen des Agendasettings institutionalisiert, „that privileged (essentialist) legal frameworks for identity“ (Leachman 2016, S. 675) und intersektional benachteiligte LGBTIQ marginalisiert (Stone 2010; Ward 2008).

Vielfalt der Lebensformen, kultureller und sozialer Differenz bezog sich im Fall des SVD ebenfalls zunächst nicht primär auf Differenzkategorien wie Gender, Klasse, race, wie ausgehend von aktuellen Diskursen vermutet werden könnte, sondern auf unterschiedliche Lebensstile. Sich für rechtliche Gleichstellung einzusetzen galt in dem Sinne als eine Form des Schwulseins unter vielen, und zwar eine, die Vielfalt in besonderer Weise förderte, wie das folgende Zitat zeigt.

Positionsbestimmung 2: Selbstverständnis als Bürgerrechtsorganisation

„Seit der Bürgerrechtsansatz sich durchsetzte, ist Pluralität Trumpf. Eine Bürgerrechtsbewegung sitzt nicht zu Gericht über individuelle Lebensentwürfe. Sie will die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß Schwule ihr Leben selbstbestimmt entwickeln können – frei von Anfeindungen und rechtlichen Nachteilen, frei von Anpassungsdruck an alte Normen.“ (Dworek 1997)

Vielleicht noch wichtiger als die erste Positionsbestimmung ist für den LSVD ein Selbstverständnis als Bürgerrechtsorganisation. Der Begriff beinhaltet auch eine Referenz an die DDR-Ursprünge des SVD, bestimmt diesen aber vor allem als eine Organisation *für* etwas – und weniger eine Organisation *von jemand* (Ghaziani 2011, S. 117), als eine zweckorientierte, politische und weniger identitäts- und gemeinschaftsorientierte zGO (Apelt, Tacke 2012).¹ Volker Beck und Günter Dworek – maßgebliche Persönlichkeiten des Verbandes – polemisierten 1992: Anstatt sich in einer „Opferidentität“ einzurichten und nach subversiven Resten schwuler Identität zu suchen (1992, S. 3), wolle der neue Verband die Verhältnisse ändern. Auch hier sehen wir die „besondere Außenorientierung“ genuin politischer Organisationen, auf die in der Literatur hingewiesen worden ist (Hoebel 2012, S. 81).

Als Bürgerrechtsorganisation suchte der SVD zudem Verbündete in einer Bürgerrechtsbewegung:

„Der SVD versteht sich als Teil der Bürgerrechtsbewegung in Deutschland. Er erklärt sich solidarisch mit anderen Minderheiten, die ihrerseits um gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ringen.“ (SVD 1996; LSVD 1999, S. 3, 2002a, S. 16)

Als im November 1992 Hunderttausende gegen rassistische Gewalt protestierten – unmittelbarer Hintergrund waren Ereignisse in Rostock –, erklärte der junge SVD sich solidarisch. „Diese Demonstration kann der Anfang einer neuen Bürgerrechtsbewegung werden“, so ihr Sprecher Volker Beck. 1992 machte er eine „dominante weiße deutsche Kultur der selbsternannten Normalen“ (Beck 1992) für die

¹ Sie bleibt aber dabei identitäre Organisation, wenn man so will, als es nicht eine Organisation für das Recht undefinierter Individuen auf homosexuelle Praktiken etc. ist, sondern eine Organisation von Schwulen und später auch Lesben, dazu Fassin und Salcedo (2015).

Diskriminierung von Minderheiten verantwortlich – eine ungewöhnlich scharfe Formulierung, die dann nicht mehr auftaucht, vielleicht nicht mehrheitsfähig war.

Vielleicht sah man hier auch die Möglichkeit, selbst von der enormen Aufmerksamkeit und der weithin geteilten Verurteilung von Rassismus zu profitieren: Als Schwule habe man Gewalt erfahren. „Minderheiten“ seien deren Ziel (Beck 1992). Die hier vorgenommene Parallelisierung von homophober und rassistisch motivierter Ausgrenzung und Gewalt fand später in Wilhelm Heitmeyers Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ eine wissenschaftliche Begründung; auch der LSVD übernahm dieses politisch einflussreiche Konzept.² Zu der erhofften Allianz von Bürgerrechtsorganisationen kam es zunächst nicht, erst deutlich später zum Kontakt mit Migrant*innenorganisationen.

Der LSVD gab sich also ein sehr spezifisches Profil als Reformen fordernde Bürgerrechtskraft, verstand sich aber gleichzeitig als Teil einer vielfältigen Community.

Positionsbestimmung 3: Teil einer Community

Das Engagement des SVD/LSVD in Migrationsthemen speiste sich in den 1990er Jahren auch aus einer anderen Quelle, nämlich der eigenen direkten Betroffenheit und der Solidarität mit Individuen aus der – so verstandenen – eigenen *Community*, die Verfolgungen oder Benachteiligungen ausgesetzt waren – also einer Gemeinschaftsorientierung.

Ein Grenzen überschreitendes Gemeinschaftsbewusstsein ist unter Schwulen und Lesben traditionell stark verankert. Steven Epstein (1987) diskutiert das unter dem Begriff „gay ‘ethnic’ identity“. Barry D. Adam, Jan W. Duyvendak und André Krouwels argumentieren, „that gays and lesbians very often feel themselves to be ‘a people’, considering an attack on their brothers and sisters in another country as an attack on themselves“ (1999, S. 370). In diesem Sinne kann man dann doch von einem „identity movement“ sprechen mit „strong ties of solidarity“ (Adam et al. 1999, S. 370)³ – und nicht ausschließlich einer Bewegung *für* etwas.

Die Aufenthaltsrechte der ausländischen Partner*innen in binationalen Partnerschaften waren zeitweise eines der zentralen Themen des SVD/LSVD, zu dem vielfältige Aktivitäten entwickelt wurden. Durchgängig spielen in Programmatik und Politik das Engagement für ein freizügiges Asylrecht und die Solidarität und praktische Hilfe für Schutz suchende Schwule, lesbische und trans-Personen eine wichtige Rolle; auch 2015 engagierte man sich stark.

Schwule und Lesben, die den Austausch mit Anderen gleicher nationaler Herkunft oder Religion suchten, fanden im LSVD den Raum, um sich zu organisieren – und sicherlich konnte man so auch Mitglieder gewinnen. Es gab griechische, türkische – zeitweise weitere – Gruppen. Heute besteht die affilierte Gruppe „queer refugees“.

Migrant*innen begegneten dem (L)SVD hier als Mitglieder der eigenen Community, also vorrangig als ähnlich und nicht als Differente. Allerdings wurden sie wahrgenommen als Community-Mitglieder, die besonderen Diskriminierungen ausgesetzt seien: Nicht nur als Schwule, sondern auch als Auslän-

² Vgl. in den Wahlprüfsteinen 2002 das Nebeneinander von „Hassverbrechen“ aufgrund von Ethnizität oder sexueller Orientierung, vgl. Rundgespräch Mai LSVD (2002b). Alexander Zinn, damals Pressesprecher des LSVD, veröffentlichte 2005 einen Beitrag im Sammelband *Deutsche Zustände*, herausgegeben von W. Heitmeyer, vgl. Zinn (2005). Günter Dworker berichtete darüber in der Verbandszeitschrift *Respekt* 1/2005 (2005, S. 19). Das LSVD-Programm 2018 verknüpft Homophobie und Rassismus als „menschenfeindliche Ideologien“ (LSVD 2018, S. 1–2).

³ Kurz nach Gründung der internationalen Organisation ILGA, 1979, wurden dort bereits Fragen des Asylrechts, der Rechte binationaler Paare als wichtige Themen genannt, vgl. Paternotte et al. o. J.

der sowie durch homofeindliche Herkunftskulturen, so viele Programme, erlebten sie mehrfache Diskriminierungen. Auch Migrant*innen im LSVD selbst beschrieben sich sowohl als kulturell verschieden als auch als Teil der „lesbisch-schwulen Community in Deutschland“ und der „deutschen Gesellschaft“.

Es passt zu ihrem Selbstverständnis, dass die Organisation Spielraum lässt für interne migrantische bzw. ethnische Gruppen (siehe Positionsbestimmung 1). Queere Migrant*innen werden als Teil der Community begriffen, denen Solidarität gilt; sie können auch in der Organisation ihre Differenz zum Ausdruck bringen. Die Organisation bemühte sich aber nicht aktiv darum, migrantische Strukturen zu etablieren oder Repräsentation abzusichern.

Positionsbestimmung 4: Bedrohte Minderheit

Positionsbestimmung 4 kontrastiert mit den bisher dargestellten drei Positionen. Hier wird man selbst zum Teil der „deutschen Gesellschaft“, in der erkämpfte Rechte und Freiheiten durch vermeintlich illiberale Migrant*innen gefährdet sind. Anfang der 2000er Jahre (im Kontext gesellschaftlicher Diskurse über Islamismus, Terror etc.) rückten vorübergehend die Migrant*innen außerhalb der eigenen „Community“ ins Blickfeld und zwar als Gefahr. In einem 2006 verabschiedeten migrationspolitischen Positionspapier dominierte ein Diskurs über vermeintliche Abschottung und Parallelgesellschaften. In stark migrantisch geprägten Stadtvierteln dominierten „Intoleranz und Aggressionen“, die „erreichte Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen“ drohe „wieder zurückgedrängt“ zu werden.

„Die Gefahr, dass die in den letzten Jahrzehnten erreichte Toleranz gegenüber Lesben und Schwulen wieder zurückgedrängt wird, ist nicht von der Hand zu weisen.“ (LSVD 2006)

Während Diskriminierungen nur am Rande auftauchten, forderte der Beschluss Grenzziehungen: „Der Respekt vor anderen Kulturen und Religionen muss dort aufhören, wo Menschenrechte verletzt werden.“ Es müssten „Grenzen gesetzt und Regelverletzungen sanktioniert werden.“ Hier positionierte man sich als deutsche Gesellschaft gegenüber Anderen, die autoritär diszipliniert und denen die Bedingungen der Mitgliedschaft vorgegeben wurden.

Sehr bald wurde dieser Kurs im Bundesverband korrigiert, blieb allerdings im Berliner Landesverband einflussreich, wenn auch nicht Beschlusslage. Der Bundesverband besann sich auf ein Selbstverständnis als Bürgerrechtsverband, der die Solidarität mit und unter Minderheiten in den Mittelpunkt stellt. „Wer pauschal“, schreibt der Geschäftsführer im Verbandsmagazin „Respekt“ 2008, „eine bestimmte Minderheit in eine bestimmte Ecke stellt, handelt diskriminierend und kann nicht mit unserer Unterstützung rechnen.“ (Jetz 2008, S. 4)

Während der Begriff „Migrationscommunities“ üblich bleibt, bemühte man sich sehr deutlich, Pauschalisierungen und kulturelle Zuschreibungen zu vermeiden – Homophobie und Gewalttendenzen werden heute eher sozial und nicht als fremdkulturell erklärt.

Insbesondere seit 2015 – im Zeichen des Kampfs gegen eine stärker werdende extreme Rechte – distanziert sich der LSVD immer wieder deutlich von rechten Instrumentalisierungsversuchen gesellschaftlicher Probleme – hier etwa im Programm von 2018:

„Immer wieder versuchen rechtspopulistische Kräfte, Probleme wie Homophobie und Transfeindlichkeit zu instrumentalisieren, um gegen Geflüchtete oder Muslime zu hetzen. Der LSVD verwahrt sich entschieden gegen eine solche Instrumentalisierung.“

Rechtspopulisten wollen die Probleme nicht lösen, sondern nur die Gesellschaft spalten.“ (LSVD 2018)

Bilanz

Haltungen zu Migrant*innen, so unser Argument, ergeben sich nicht unmittelbar aus dem Minderheitenstatus, sondern vermittelt über organisationsspezifische Selbstverortungen oder Positionsbestimmungen, der Organisationsidentität (Kirchner 2015). Inklusiv Haltungen – oder Affinität zu migrantischer Differenz – ergeben sich im hier gezeigten Fall aus der Tradition des sozialen Feldes (transnationale Community) und hier einflussreichen Identifizierungen (Vielfalt), aber auch der ganz spezifischen Organisationsidentität dieses speziellen Verbandes als Bürgerrechtsorganisation. Gerade für zivilgesellschaftliche Organisationen spielt im Unterschied zu Organisationen wie Unternehmen oder öffentlichen Verwaltungen die Organisationsidentität eine besondere Rolle. Dies sollte theoretisch reflektiert werden.

Eine Beschäftigung mit Differenz im Innern der Organisation ergibt sich aus den gezeigten Selbstverortungen nicht als dringlich, diese wird proklamiert, aber nicht automatisch als handlungsrelevant aufgefasst. Eine Rolle spielt hierfür wohl wiederum ein Aspekt des Selbstverständnisses, nämlich die Abgrenzung von – so verstandenen – „alten“ Formen schwuler Bewegung, die sich vor allem der Introspektion widmeten, anstatt Wirkung nach außen zu erzielen. Sich mit sich selbst beschäftigen, will der LSVD als nach Außen wirkende Organisation möglichst wenig, im Innern sollen Konsens und Harmonie bestimmend sein. Es müssten andere Faktoren wirksam werden, um innere Differenz zu einem dringlichen Thema zu machen, vor allem könnte dies geschehen, wenn die politische Handlungsfähigkeit, die Glaubwürdigkeit der Organisation, berührt wäre.

Literatur

- Adam, Barry D., Jan W. Duyvendak und André Krouwel. 1999. Gay and lesbian movements beyond borders? National imprints of a worldwide movement. In *The global emergence of gay and lesbian politics. National imprints of a worldwide movement*, Hrsg. Barry D. Adam, Jan W. Duyvendak und André Krouwel, 344–371. Philadelphia: Temple University Press.
- Apelt, Maja, und Veronika Tacke (Hrsg.). 2012. *Handbuch Organisationstypen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Armstrong, Elizabeth Ann. 2002. *Forging gay identities. Organizing sexuality in San Francisco, 1950–1994*. Chicago, Ill.: University of Chicago Press.
- Beck, Volker. 1992. Redebeiträge der Auftaktkundgebungen: Ost (Bonn-Beuel, Wasserwerk). Schwulenverband fordert umfassendes Antidiskriminierungsgesetz für ethnische, sexuelle und soziale Minderheiten! *Friedensforum*.
- Beck, Volker, und Günter Dworek. 1992. Thesen zur gesellschaftlichen Situation der Schwulen. *Stichwort Schwul - Blätter für schwule Theorie, Politik und Kultur* 1.
- Dworek, Günter. 1997. Pluralität ist Trumpf. Christopher-Street-Day-Demonstrationen: Aus einer radikalen Minderheit ist eine Massenbewegung geworden. *taz* 14.07.1997.
- Dworek, Günter. 2005. Szenarien der Homophobie. Langzeitstudie "Deutsche Zustände" beleuchtet auch Homosexuellenfeindlichkeit. *Respekt. LSVD Mitgliederzeitschrift* 1:19.

- Epstein, Steven. 1987. Gay Politics, Ethnic Identity. The Limits of Social Constructionism. *Socialist Review* 93:9–54.
- Evans, Elizabeth, und Éléonore Lépinard. 2020. *Intersectionality in feminist and queer movements. Confronting privileges*. New York: Routledge.
- Fassin, Eric, und Manuela Salcedo. 2015. Becoming Gay? Immigration Policies and the Truth of Sexual Identity. *Archives of Sexual Behavior* 44:1117–1125.
- Ghaziani, Amin. 2011. Post-Gay Collective Identity Construction. *Social Problems* 58:99–125.
- Hirschauer, Stefan. 2014. Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten. *Zeitschrift für Soziologie* 43(3):170–191.
- Hoebel, Thomas. 2012. Politische Organisationen. In *Handbuch Organisationstypen*, Hrsg. Maja Apelt und Veronika Tacke, 63–90. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jetz, Klaus. 2008. Für Respekt und Selbstbestimmung. Migration und Integration als Themen des LSVD. In *Respekt. LSVD Mitgliederzeitschrift: Menschenrechte, Migration und Asyl. Ein Themenheft zur Situation von Lesben und Schwulen in der Welt* 1:4.
- Kirchner, Stefan. 2015. Organisationsidentität und Unsicherheit. In *Organisation und Unsicherheit. Organisationssoziologie*, Hrsg. Maja Apelt und Konstanze Senge, 69–85. Wiesbaden: Springer VS.
- Leachman, Gwendolyn M. 2016. Institutionalizing Essentialism. Mechanisms of Intersectional Subordination within the LGBT Movement. *Wisconsin Law Review* 3:655–682.
- Leidinger, Christiane. 2010. Frühe Debatten um Rassismus und Antisemitismus in der (Frauen- und) Lesbenbewegung in den 1980er Jahren der BRD. In *Beiträge zur Geschichte einer pluralen Linken. Theorien und Bewegungen nach 1968*, Hrsg. Marcel Bois und Bernd Hüttner, 24–29. Berlin.
- LSVD. 1999. *Programm des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD). Emanzipation, Partizipation und Integration schwuler Männer und lesbischer Frauen in Deutschland*.
- LSVD. 2002a. *Das Programm und noch viel mehr. Von A bis Z*.
- LSVD. 2002b. Rundgespräch Mai.
- LSVD. 2006. *Beschluss Verbandstag 2006. Migrationspolitisches Papier des LSVD*.
- LSVD. 2018. *Programm des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD). Menschenrechte, Vielfalt und Respekt*.
- Paternotte, David, Nigel Warner und Stephen Barris. The history of ILGA (1978–2012). <https://ilga.org/ilga-history>.
- Stone, A. L. 2010. Diversity, dissent, and decision making: the challenge to LGBT Politics. *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies* 16:465–472.
- SVD. 1996. *Programm des Schwulenverbandes in Deutschland (SVD). Emanzipation, Partizipation und Integration schwuler Männer in Deutschland*.
- Ward, Elizabeth Jane. 2008. *Respectably queer. Diversity culture in LGBT activist organizations*. Nashville: Vanderbilt University Press.
- Zinn, Alexander. 2005. Szenarien der Homophobie. Apologeten und Vollstrecker. In *Deutsche Zustände. Folge* 3. 1. Aufl., Hrsg. Wilhelm Heitmeyer, 207–219. Frankfurt am Main: Suhrkamp.